

Vorsitzender der Gemeindevertretung
Herrn Wilfried Reh

09.03. 2018

Im Ort 1
34314 Espenau

Sehr geehrter Herr Reh,

die Fraktion der FWG Espenau stellt folgenden **Eilantrag** für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung:

Resolution an den Hessischen Landtag zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Espenau möge beschließen:

1. Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, in Gesprächen mit dem Hessischen Landtag, mit der Hessischen Landesregierung und mit dem Regierungspräsidium die Ungerechtigkeiten und Probleme mit der bestehenden Straßenausbaubeitragssatzung in unserer Gemeinde darzulegen.
2. Bei den Gesprächen ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass die sogenannten „wiederkehrenden Beiträge“ (KAG §11a) für die Gemeinde keine Lösung darstellen, da
 - unverhältnismäßig hoher Aufwand für Installierung und Betrieb erforderlich ist
 - auch hier nur die Anlieger den Großteil der Straßenbaukosten zahlen und nicht die Allgemeinheit, welche die Straßen nutzt
 - die Gemeindestraßen als Infrastruktur zur allgemeinen Daseinsvorsorge zählen.
3. Der Gemeindevorstand möge den Hessischen Landtag und die Hessische Landesregierung zu einer unverzüglichen Abschaffung von KAG §11 und §11a auffordern. Mit der Streichung der Beitragspflicht für den Ausbau von Ortsstraßen aus dem Kommunalen Abgabengesetz entstehen den Kommunen erhebliche Einnahmeausfälle. Die Landesregierung wird aufgefordert, diese durch Zuweisung

von Landesmitteln zu ersetzen. Diese Mittel sind vom Land Hessen aus der Mineralölsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer bei der Bundesregierung einzufordern.

4. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Espenau bekräftigt ihren Willen zu sparsamer und nachhaltiger Haushaltsführung und zur fachgerechten Instandhaltung ihres Straßennetzes.
5. Die Gemeinde Espenau tritt als Kooperationspartner der Arbeitsgemeinschaft der Bürgerinitiativen „Straßenbeitragsfreies Hessen“ bei.

Begründung:

Straßenausbaubeiträge belasten unverhältnismäßig hoch die Eigentümer von Grundstücken, die als Anlieger an zu erneuernden Straßen liegen. Diese Beiträge werden von den Bürgern unserer Gemeinde als ungerecht, willkürlich und für den betroffenen Bürger nicht planbar verstanden. Angesichts von bis zu fünfstelligen Beitragsforderungen wächst der Unmut in der Bevölkerung. Im Einzelfall stellt der Straßenausbaubeitrag eine existenzgefährdende Belastung ohne tatsächlichen Gegenwert dar. Es entstehen soziale Probleme, da einkommensschwache Bevölkerungsgruppen durch diese Art der Erhebung extrem hoch belastet werden. Sie sind vielfach nicht in der Lage, diese Beiträge zu entrichten. Das Eigenheim als Altersvorsorge wird zur Armutsfalle.

Mit dem bundesweit einheitlich geregelten Erschließungsbeitrag hat jeder Eigentümer für eine neuwertige Straße zu seiner Immobilie gezahlt. Deren Abnutzung und Verschleiß im Lauf der Jahre wurde überwiegend durch die Allgemeinheit verursacht. Es ist den betroffenen Anliegern - Bürgerinnen und Bürgern - nicht zu vermitteln, dass sie als Geschädigte für die Straßenerneuerung hohe Beiträge bezahlen sollen, aber gegenüber der Allgemeinheit keinen höheren oder „besonderen“ Nutzen haben.

Der Hessische Landtag hat Ende 2012 zusätzlich die Einführung von Wiederkehrenden Beiträgen beschlossen, welche eine Erleichterung für die Betroffenen bieten sollten. Dazu sollen sogenannte Abrechnungsgebiete in den Kommunen eingeführt werden. Dies führt zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand, der so groß ist, dass die Einnahmen kaum die Ausgaben decken werden. Zudem würden die Eigentümer auf lange Sicht noch mehr belastet, als sie mit einmaligen Beiträgen belastet werden.

Unsere Kommunalstraßen sind Teil der allgemeinen Infrastruktur. Das Instrument der Straßenausbaubeiträge ist ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert, das nicht in die moderne mobile Gesellschaft passt. Eigentum verpflichtet - uns als Gemeinde und Eigentümerin der Straßen z.B. zu einer fachgerechten und zeitnahen Instandhaltung.

Wegen fehlender Finanzmittel und den uns neu zugewiesenen Aufgaben konnte unsere Gemeinde leider den Unterhalts- und Instandhaltungsverpflichtungen in der Vergangenheit

nur mit den begrenzten Möglichkeiten nachkommen. Auch wegen des dadurch entstandenen Sanierungsstaus sind wir der Überzeugung, dass die Straßenerneuerungen ab sofort aus dem Steueraufkommen zu finanzieren sind.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "S. Baberuxki". The signature is written in a cursive style with a prominent initial "S".

Susanne Baberuxki
Fraktionsvorsitzende